

January 31, 1991

**The Chancellor's [Helmut Kohl's] Conversation with
British Foreign Minister Douglas Hurd on 30 January
1991**

Citation:

"The Chancellor's [Helmut Kohl's] Conversation with British Foreign Minister Douglas Hurd on 30 January 1991", January 31, 1991, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59734, 256-263. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger.
<https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/300104>

Summary:

Kohl and Hurd discuss Germany's financial aid in support of Britain's military operations in the Gulf in the amount of DM 800 million. Moreover, Kohl reviews his efforts for constitutional changes in order to enable Germany's participation in future of out-of-area missions.

Original Language:

German

Contents:

Original Scan
Transcript - German
Translation - English

Abteilungsleiter 2

Bonn, den 31. Januar 1991

255

Über
Herrn Chef des Bundeskanzleramtes
Herrn Bundeskanzler

31. Jan. 91 [Handwritten initials]

Der Leiter
des Kanzlerbüros 31
0 1. FEB. 1991

Betr.: Ihr Gespräch mit dem britischen Außenminister Douglas Hurd
am 30. Januar 1991
hier: Gesprächsvermerk

[Handwritten signature: J. Hartmann]
: : o . f .
[Handwritten initials]

Anbei lege ich Ihnen den Vermerk über Ihr Gespräch mit dem britischen Außenminister Douglas Hurd mit der Bitte um Billigung vor.

Der Vermerk sollte nicht weitergegeben werden.

7clA
D. 4/2

[Handwritten signature: Dr. Hartmann]
(Dr. Hartmann)

Abteilungsleiter 2

Bonn, den 31. Januar 1991

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem britischen Außenminister Douglas Hurd am 30. Januar 1991

Der Bundeskanzler heißt Außenminister Hurd herzlich willkommen. Er schlägt vor, daß man zunächst über die konkreten britischen Wünsche im Zusammenhang mit dem Golfkonflikt spricht.

Zu dem britischen Wunsch gegenüber dem Bundesministerium der Verteidigung, leihweise Munition für Luftflugkörper zu überlassen, erklärt der Bundeskanzler, wir würden den Wunsch prüfen und im Rahmen unserer Möglichkeiten helfen.

Der Bundeskanzler spricht sodann das Schreiben des britischen Premierministers Major an, in dem die Frage gestellt werde, ob die Bundesregierung bereit sei, weitere finanzielle Hilfe in Erwägung zu ziehen.

Der Bundeskanzler erklärt, er wisse zu würdigen, was Großbritannien im Golf tue. Er leide sehr darunter, daß wir diese Konstellation aufgrund der Verfassung hätten. Er wolle allerdings daran erinnern, daß die entsprechenden Bestimmungen auf die Alliierten zurückgingen. Niemand habe seinerzeit an den jetzt eingetretenen Fall gedacht.

Möglicherweise hätte man in den Jahren zwischen 1975 und 1978 unter Helmut Schmidt die Möglichkeit gehabt dies zu ändern. Der Bundeskanzler erinnert in diesem Zusammenhang an die Unterstützung wichtiger politischer Entscheidungen der damaligen Bundesregierung durch die Opposition. Dies gelte nicht zuletzt für den NATO-Doppelbeschluß.

Er bedauere, sagen zu müssen, daß der Zustand der SPD nach der letzten Wahl noch schlimmer sei als vorher. Ein Drittel der Fraktion stünde im Spektrum links bis weit links. Der Bundeskanzler verweist in diesem Zusammenhang auf die Unterstützung einer Resolution der Grünen und der PDS, in der den USA die Hauptschuld für Golf zugesprochen wurde, durch Teile der SPD.

Sein Problem sei, daß er für eine Verfassungsänderung eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag benötige. Was jetzt in den britischen Medien über ihn geschrieben werde, sei "dummes Zeug". AM Hurd möge Premierminister Major sagen, Helmut Kohl habe sich nicht geändert. Er verstehe andererseits einen Teil der Kritiker, die darauf hinweisen, daß die Deutschen jetzt 78 Millionen seien, wirtschaftlich stark und daher mehr tun könnten.

Konkret wolle er Außenminister Hurd vorschlagen, daß die Bundesregierung - entsprechend dem prozentualen Anteil der britischen Soldaten im Vergleich zu den US-Truppen im Golf - einen Betrag von 800 Millionen DM zur Verfügung stelle.

Außenminister Hurd wirft ein, dies sei ein sehr gutes Angebot.

Der Bundeskanzler fährt fort, er wolle von Außenminister Hurd ohne diplomatische Umschweife wissen, ob er diesen Betrag als angemessen ansehe.

Sein Problem sei, daß er für die Bereitstellung dieser Mittel die Steuern erhöhen müsse. Dabei habe er gleichzeitig im Auge, daß wir zusätzlich etwas in Polen, Ungarn und der CSFR tun müßten. Es sei politisch außerordentlich wichtig, diese drei Länder wirtschaftlich zu stabilisieren.

Er wolle im übrigen vertraulich darauf aufmerksam machen, daß Präsident Gorbatschow möglicherweise einen früheren Truppenabzug aus Deutschland erwäge. Dies könnte zu einem schnelleren Abfluß der zugesagten deutschen Mittel führen. Man müsse einfach sehen, daß die Sowjets gewaltige Probleme mit den in Deutschland stationierten Truppen hätten. Der Bundeskanzler weist auf die wachsende Unruhe, aber auch auf Phänomene wie wachsende Kriminalität etc. hin. Seine Hoffnung sei, daß man die Zeit für den Abzug halbieren könne.

Die heute angekündigten Steuererhöhungen werde er durchsetzen. Wenn der Krieg länger dauere, werde man über die Frage möglicherweise wieder reden müssen.

Außenminister Hurd erwidert, er sei sehr dankbar für das, was der Bundeskanzler gesagt habe. In der Tat stünde in den britischen Zeitungen zum Teil "dummes Zeug" über Deutschland. Man müsse aber verstehen, daß in Kriegszeiten die "Temperatur steige" und eine entsprechende Berichterstattung zur Folge habe.

Die britische Regierung wisse, daß die Bundesregierung die jetzige Verfassungslage geerbt habe. Sie wisse zugleich, daß die Bundesregierung dies ändern wolle. Im übrigen sei es so, daß einige der Leute die jetzt fragten, wo die Deutschen seien, in Klagen ausbrechen würden, wenn zu viele deutsche Soldaten am Golf stünden.

Er wolle ferner ausdrücklich sagen, daß Premierminister Major eine enge persönliche und freundschaftliche Beziehung zum Bundeskanzler aufbauen wolle. Der Premierminister sei außerordentlich erfreut über die wiederholten Telefongespräche in der letzten Zeit. Premierminister Major habe nur widerwillig den o.g. Brief an den Bundeskanzler geschrieben, aber es gebe für Großbritannien im Zusammenhang mit dem Krieg erhebliche finanzielle Probleme. Im übrigen wolle er über die Summe nicht feilschen. Wenn es möglich sei, zusätzlich zu der erbetenen Munition die 800 Millionen DM zur Verfügung zu stellen, werde dies außerordentlich begrüßt.

Der Bundeskanzler schlägt vor, noch heute abend der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß die Bundesregierung 800 Millionen DM als Beitrag zu den britischen Kosten zahle und darüber hinaus bereit sei, weiteres militärisches Material zur Verfügung zu stellen, ohne dies näher zu quantifizieren.

Er werde Bundesminister Genscher bitten, dies in der gemeinsamen Pressekonferenz mit Außenminister Hurd bekanntzugeben.

Außenminister Hurd stimmt diesem Vorschlag zu.

Der Bundeskanzler fährt fort, er habe in den letzten Tagen auch mit den Israelis Gespräche geführt und sich mit ihnen auf deutsche Materiallieferungen geeinigt. Ferner werde die Bundesregierung ROLAND und HAWK-Systeme in die Türkei entsenden. Was den Bündnisfall betreffe, so sei seine Haltung: Wenn er komme, komme er. Es gebe natürlich ein Problem, das man draußen nicht verstehe: Man könne die entsprechende

Entscheidung nicht auf Vorrat treffen. Aber jeder wisse - und dies habe er sowohl Präsident Bush, Präsident Mitterrand wie auch Premierminister Major gesagt -, daß er, der Bundeskanzler, der gleiche geblieben sei.

Er habe auch mit Staatspräsident Özal gesprochen. Er wolle offen sagen, daß Özal einiges betreibe, was ihm nicht gefalle. Özal mache aus der derzeitigen Lage Geschäfte, übrigens auch in seiner Innenpolitik. Außerdem traue er ihm nicht, was die Kurdenfrage angehe. Die Kurden säßen bekanntlich an der irakischen Grenze. Schließlich müsse er auch die Anwesenheit einer starken türkischen Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland in Rechnung stellen.

Der Bundeskanzler fragt Außenminister Hurd, was er für einen Eindruck von der Verbringung irakischer Flugzeuge in den Iran habe.

Außenminister Hurd erwidert, man sei sich in Großbritannien der Beurteilung dieser Angelegenheit nicht sicher. Sie glaubten, daß es sich um einen Plan handele, denn die Flugzeuge seien in geschlossener Formation ausgeflogen. Offenbar gehe es Saddam Hussein darum, einen sicheren Platz für seine Luftwaffe zu finden.

Der Bundeskanzler wirft ein, dann müsse man daraus den Schluß ziehen, daß Saddam Hussein davon ausgehe, den Krieg zu überleben.

Außenminister Hurd bejaht dies, fügt aber hinzu, daß die Verbringung irakischer Flugzeuge in den Iran eine schlechte Nachricht für die irakischen Truppen sei, die diese Flugzeuge zu ihrem Schutz brauchten. Vielleicht sei es auch so, daß einige Piloten aus eigenem Antrieb den Irak verlassen hätten.

Die Frage des Bundeskanzlers, ob der Iran neutral bleibe, bejaht Außenminister Hurd, fügt aber hinzu, die Gefahr bestehe, daß Rafsandschani an Autorität verliere und eine neue Regierung eine andere Haltung einnehme.

Außenminister Hurd kommt sodann auf die Türkei zu sprechen und erklärt, dies sei ein schwieriges Problem. Özal sei der eigentlich starke Mann in der Türkei, aber habe kein gutes politisches Urteil. Man brauche nur an seine kritischen Worte gegenüber Deutschland zu denken. Eigentliches Problem für die Türkei sei, einen angemessenen Platz für sich zu finden. Hierüber müsse man nach dem Krieg nachdenken.

Die britische und deutsche Regierung hätten in der Frage Südafrika sehr gut zusammengearbeitet. Vielleicht sollten beide Regierungen auch gemeinsam nach Möglichkeiten suchen, wie man die Türkei stabilisieren könne.

Der Bundeskanzler stimmt nachdrücklich zu und fährt fort, die deutsch-türkischen Beziehungen seien seit jeher besonders freundschaftlich und er wolle sie auch weiterhin positiv gestalten. Auch müsse man sehen, daß die Türkei eine beachtliche wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung nehme. Sie werde Ende des Jahrhunderts möglicherweise 80 Millionen Einwohner mit einer außerordentlich günstigen demographischen Kurve haben. Im Ausland gebe es drei bis vier Millionen Türken, die größtenteils über eine gute Ausbildung verfügten. Es sei daher sehr klug, wenn man die Türkei pfleglich behandle.

Er habe Staatspräsident Özal auch gesagt, daß er in der Zypern-Frage einen Schritt nach vorne tun müsse. Gleichzeitig habe er hierüber mit Ministerpräsident Mitsotakis gesprochen. Beide wollten überlegen, was man jetzt tun könne. Vielleicht sei dies auch ein Thema, in dem die britische und deutsche Seite diskret behilflich sein könnte.

Außenminister Hurd erklärt, er sei vor drei Monaten in Athen gewesen und habe in Gesprächen mit griechischen Generälen feststellen müssen, daß diese ausschließlich von der Idee eines türkischen Angriffs besessen seien. Dies sei eine absurde Situation, aus der man herauskommen müsse.

Der Bundeskanzler wirft ein, dies könne nicht bedeuten, daß wir die Türkei in die EG holten.

Außenminister Hurd erwidert: Dies nicht, aber man brauche eine "besondere Beziehung" ("special relationship").

Der Bundeskanzler stimmt zu und wiederholt, er würde es sehr begrüßen, wenn man hier gemeinsam etwas unternehmen würde.

Der Bundeskanzler kommt sodann auf die Lage im Europäischen Parlament zu sprechen und entwickelt seine Vorstellungen für eine engere Zusammenarbeit zwischen der christlich-demokratischen und der konservativen Fraktion. Er kündigt an, daß er in dieser Frage eine Initiative ergreifen werde.

Außenminister Hurd stellt die Frage, wie der Bundeskanzler die Lage von Präsident Gorbatschow in der Sowjetunion beurteile, ob Präsident Gorbatschow nach Auffassung des Bundeskanzlers in Gefahr sei und ob er seine Ansichten geändert habe.

Der Bundeskanzler erwidert, er wolle zunächst einmal berichten, was ihm Gorbatschow selber vor acht Tagen bei einem Telefongespräch gesagt habe. Gorbatschow habe sich auf Berichte bezogen, wonach der Bundeskanzler erklärt habe, daß er nicht glaube, daß Gorbatschow nach "rechts gehe". Gorbatschow habe dies aufgegriffen und erklärt, er, Michail Gorbatschow, sage Helmut Kohl: Michail Gorbatschow gehe nicht nach rechts und habe sich nicht verändert. Aber er habe große Schwierigkeiten. Seine Frage, ob Gorbatschow diese Schwierigkeiten durchstehe, habe dieser bejaht.

Der Bundeskanzler bezieht sich sodann auf ein Gespräch mit der früheren Ministerpräsidentin Prunskiene von Litauen, in dem er dieser erklärt habe, daß die baltischen Staaten in fünf Jahren ihr Ziel erreichen könnten. Voraussetzung sei allerdings, daß sie nicht alles auf einmal, sondern in vielen kleinen Schritten durchzusetzen versuchten.

Der Bundeskanzler bezieht sich sodann auf ein Gespräch mit Präsident Gorbatschow auf dem KSZE-Gipfel in Paris, in dem er dem sowjetischen Präsidenten gesagt habe, er könne doch nicht verhindern, daß es in diesem Jahrzehnt noch zu Veränderungen komme. Präsident Gorbatschow habe darauf ausweichend mit einem "vielleicht" geantwortet.

Das Problem sei, daß der Unabhängigkeit der baltischen Staaten bald die Ukraine folgen würde. Ein Auseinanderbrechen der Sowjetunion könne nicht in unserem Interesse sein. Es gebe zwar Leute, die meinten, jetzt sei es an der Zeit, daß der Koloss Sowjetunion aufgelöst werde. Dann werde man aber nur noch mehr Schwierigkeiten haben.

Außenminister Hurd stimmt dem ausdrücklich zu, er fügt jedoch hinzu, daß der Fall der baltischen Republiken anders liege.

Der Bundeskanzler stimmt zu und erklärt, dies sehe Gorbatschow auch. Man müsse allerdings auch folgendes sehen: Wenn die baltischen Staaten unabhängig würden, gehe der Krach mit Polen los.

Auf eine entsprechende Frage von Außenminister Hurd weist der Bundeskanzler auf die schwierigen Probleme im letzten Jahrhundert, aber auch in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, hin.

Die Sowjetunion habe die Befürchtung, daß Polen eine Diskussion über seine Ostgrenze anfrage. Gorbatschow sei sich durchaus im klaren darüber, daß die Perestroika auch Probleme dieser Art aufwerfe. Aber man müsse wissen: Wer an der Ostgrenze Polens rühre, der werfe gleichzeitig das Problem der Oder-Neiße-Grenze auf. Also sei es wesentlich besser, wenn man über die Grenzfrage nicht rede. Die einzige Ausnahme sei möglicherweise die Grenze zwischen Rumänien und Ungarn, da Rumänien eine unmögliche Politik gegenüber der ungarischen Minderheit betreibe.

Außenminister Hurd stimmt den Ausführungen des Bundeskanzlers ausdrücklich zu und ergänzt, die Beibehaltung der Grenzen sei sehr wichtig, nicht nur in Europa, sondern auch im Nahen Osten, beispielsweise auch in der Türkei.

Der Bundeskanzler stimmt dem zu und erklärt, wenn der Krieg vorbei sei, stelle sich verschärft die Palästinenserfrage.

Außenminister Hurd erklärt, man beginne in der PLO jetzt über eine Nachfolge Arafats nachzudenken. Aber die PLO sei gespalten. Die Führer brächten sich gegenseitig um. Er sei in dieser Hinsicht pessimistisch.

Er glaube auch nicht, daß Syrien, Saudi-Arabien und Jordanien einen Friedensvertrag mit Israel schließen würden, wenn nicht irgendetwas in der Palästinenserfrage geschehe. Andererseits sei die Likud-Partei in Israel nicht bereit, dies zu akzeptieren. Likud wolle im Grunde genommen eine permanente Besetzung der Westbank. Der jetzige Krieg werde dieses Problem natürlich nicht lösen. Frankreich schlage vor, daß man eine große Konferenz einberufen solle. Dies würde aber in Wirklichkeit zu einer Katastrophe führen.

Der Bundeskanzler wirft ein, man müsse in der Tat vorher wissen, was auf einer solchen Konferenz herauskomme. Im übrigen werde es doch so sein, daß die Vereinigten Staaten nach einer Niederlage von Saddam Hussein eine starke Stellung in der Region haben würde.

Außenminister Hurd erklärt, dies werde sicher für geraume Zeit gelten, aber nicht lange andauern.

Der Bundeskanzler fährt fort, dann müssen die USA Schamir klar machen, daß etwas zu geschehen habe.

Außenminister Hurd erklärt, dies sei in der Tat seine Hoffnung.

Der Bundeskanzler fährt fort, er habe mit Präsident Bush und AM Baker wiederholt über diese Problematik gesprochen. Die Bush-Administration habe nicht diese "totale Beziehung" zu Israel.

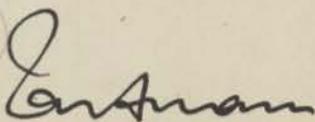
Außenminister Hurd stimmt zu.

Der Bundeskanzler fährt fort, dies sei eben seine Hoffnung. Vielleicht solle man überlegen, ob Großbritannien und Deutschland nach Beendigung des Krieges in diesem Sinne diskret auf die Amerikaner einwirke.

Außenminister Hurd stimmt dem zu und ergänzt, Bush und Baker hätten in der Tat eine klare Analyse der Lage. Beide seien außerordentlich befremdet über die Verhandlungen mit der Likud-Führung in diesen Tagen. Er wisse genau, daß die Amerikaner sich unter keinen Umständen auf irgendeinen Handel mit der Westbank oder ähnliches einließen. Es gehe ausschließlich um finanzielle Verpflichtungen.

Der Bundeskanzler erklärt, wenn es nicht gelinge, in der Palästinenserfrage zu einer Lösung zu kommen, gebe es eine Katastrophe. Dies werde Rückwirkungen vor allem für König Hussein von Jordanien, aber auch für Mubarak haben.

Außenminister Hurd erklärt, er greife gerne die Vorstellungen des Bundeskanzlers auf, diese Dinge zusammen zu gegebener Zeit zu besprechen. Dann solle man allerdings nicht gemeinsam, sondern jeder getrennt mit den USA den Kontakt aufnehmen.



(Dr. Hartmann)

Abteilungsleiter 2

Bonn, den 31. Januar 1991

V e r m e r k

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem britischen Außenminister Douglas Hurd am 30. Januar 1991 [\[1\]](#)

Der Bundeskanzler heißt Außenminister Hurd herzlich willkommen. Er schlägt vor, daß man zunächst über die konkreten britischen Wünsche im Zusammenhang mit dem Golfkonflikt spricht. Zu dem britischen Wunsch gegenüber dem Bundesministerium der Verteidigung, leihweise Munition für Luftflugkörper zu überlassen, erklärt der Bundeskanzler, wir würden den Wunsch prüfen und im Rahmen unserer Möglichkeiten helfen.

Der Bundeskanzler spricht sodann das Schreiben des britischen Premierministers Major an, in dem die Frage gestellt werde, ob die Bundesregierung bereit sei, weitere finanzielle Hilfe in Erwägung zu ziehen.

Der Bundeskanzler erklärt, er wisse zu würdigen, was Großbritannien im Golf tue. Er leide sehr darunter, daß wir diese Konstellation aufgrund der Verfassung hätten. Er wolle allerdings daran erinnern, daß die entsprechenden Bestimmungen auf die Alliierten zurückgingen. Niemand habe seinerzeit an den jetzt eingetretenen Fall gedacht.

Möglicherweise hätte man in den Jahren zwischen 1975 und 1978 unter Helmut Schmidt die Möglichkeit gehabt dies zu ändern. Der Bundeskanzler erinnert in diesem Zusammenhang an die Unterstützung wichtiger politischer Entscheidungen der damaligen Bundesregierung durch die Opposition. Dies gelte nicht zuletzt für den NATO-Doppelbeschluß. Er bedauere, sagen zu müssen, daß der Zustand der SPD nach der letzten Wahl noch schlimmer sei als vorher. Ein Drittel der Fraktion stünde im Spektrum links bis weit links. Der Bundeskanzler verweist in diesem Zusammenhang auf die Unterstützung einer Resolution der Grünen und der PDS, in der den USA die Hauptschuld für Golf zugesprochen wurde, durch Teile der SPD.

Sein Problem sei, daß er für eine Verfassungsänderung eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag benötige. Was jetzt in den britischen Medien über ihn geschrieben werde, sei "dummes Zeug". AM Hurd möge Premierminister Major sagen, Helmut Kohl habe sich nicht geändert. Er verstehe anderer-seits einen Teil der Kritiker, die darauf hinweisen, daß die Deutschen jetzt 78 Millionen seien, wirtschaftlich stark und daher mehr tun könnten.

Konkret wolle er Außenminister Hurd vorschlagen, daß die Bundesregierung -entsprechend dem prozentualen Anteil der britischen Soldaten im Vergleich zu den US-Truppen im Golf - einen Betrag von 800 Millionen DM zur Verfügung stelle.

Außenminister Hurd wirft ein, dies sei ein sehr gutes Angebot.

Der Bundeskanzler fährt fort, er wolle von Außenminister Hurd ohne diplomatische Umschweife wissen, ob er diesen Betrag als angemessen ansehe.

Sein Problem sei, daß er für die Bereitstellung dieser Mittel die Steuern erhöhen müsse. Dabei habe er gleichzeitig im Auge, daß wir zusätzlich etwas in Polen, Ungarn und der CSFR tun müßten. Es sei politisch außerordentlich wichtig, diese drei Länder wirtschaftlich zu stabilisieren.

Er wolle im übrigen vertraulich darauf aufmerksam machen, daß Präsident Gorbatschow möglicherweise einen früheren Truppenabzug aus Deutschland erwäge. Dies könnte zu einem schnelleren Abfluß der zugesagten deutschen Mittel führen. Man müsse einfach sehen, daß die Sowjets gewaltige Probleme mit den in Deutschland stationierten Truppen hätten. Der Bundeskanzler weist auf die wachsende Unruhe, aber auch auf Phänomene wie wachsende Kriminalität etc. hin. Seine Hoffnung sei, daß man die Zeit für den Abzug halbieren könne.

Die heute angekündigten Steuererhöhungen werde er durchsetzen. Wenn der Krieg länger dauere, werde man über die Frage möglicherweise wieder reden müssen.

Außenminister Hurd erwidert, er sei dankbar für das, was der Bundeskanzler gesagt habe. In der Tat stünde in den britischen Zeitungen zum Teil "dummes Zeug" über

Deutschland. Man müsse aber verstehen, daß in Kriegszeiten die "Temperatur steige" und eine entsprechende Berichterstattung zur Folge habe.

Die britische Regierung wisse, daß die Bundesregierung die jetzige Verfassungslage geerbt habe. Sie wisse zugleich, daß die Bundesregierung dies ändern wolle. Im übrigen sei es so, daß einige der Leute die jetzt fragten, wo die Deutschen seien, in Klagen ausbrechen würden, wenn zu viele deutsche Soldaten am Golf stünden.

Er wolle ferner ausdrücklich sagen, daß Premierminister Major eine enge persönliche und freundschaftliche Beziehung zum Bundeskanzler aufbauen wolle. Der Premierminister sei außerordentlich erfreut über die wiederholten Telefongespräche in der letzten Zeit. Premierminister Major habe nur widerwillig den o.g. Brief an den Bundeskanzler geschrieben, aber es gebe für Großbritannien im Zusammenhang mit dem Krieg erhebliche finanzielle Probleme. Im übrigen wolle er über die Summe nicht feilschen. Wenn es möglich sei, zusätzlich zu der erbetenen Munition die 800 Millionen DM zur Verfügung zu stellen, werde dies außerordentlich begrüßt.

Der Bundeskanzler schlägt vor, noch heute abend der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß die Bundesregierung 800 Millionen DM als Beitrag zu den britischen Kosten zahle und darüber hinaus bereit sei, weiteres militärisches Material zur Verfügung zu stellen, ohne dies näher zu quantifizieren.

Er werde Bundesminister Genscher bitten, dies in der gemeinsamen Pressekonferenz mit Außenminister Hurd bekanntzugeben.

Außenminister Hurd stimmt diesem Vorschlag zu.

Der Bundeskanzler fährt fort, er habe in den letzten Tagen auch mit den Israelis Gespräche geführt und sich mit ihnen auf deutsche Materiallieferungen geeinigt. Ferner werde die Bundesregierung ROLAND und HAWK-Systeme in die Türkei entsenden. Was den Bündnisfall betreffe, so sei seine Haltung: Wenn er komme, komme er. Es gebe natürlich ein Problem, das man draußen nicht verstehe: Man könne die entsprechende Entscheidung nicht auf Vorrat treffen. Aber jeder wisse - und dies habe er sowohl Präsident Bush, Präsident Mitterrand wie auch Premierminister Major gesagt -, daß er, der Bundeskanzler, der gleiche geblieben sei.

Er habe auch mit Präsident Özal gesprochen. Er wolle offen sagen, daß Özal einiges betreibe, was ihm nicht gefalle. Özal mache aus der derzeitigen Lage Geschäfte, übrigens auch in seiner Innenpolitik. Außerdem traue er ihm nicht, was die Kurdenfrage angehe. Die Kurden säßen bekanntlich an der irakischen Grenze. Schließlich müsse er auch die Anwesenheit einer starken türkischen Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland in Rechnung stellen.

Der Bundeskanzler fragt Außenminister Hurd, was er für einen Eindruck von der Verbringung irakischer Flugzeuge in den Iran habe.

Außenminister Hurd erwidert, man sei sich in Großbritannien der Beurteilung dieser Angelegenheit nicht sicher. Sie glaubten, daß es sich um einen Plan handele, denn die Flugzeuge seien in geschlossener Formation ausgeflogen. Offenbar gehe es Saddam Hussein darum, einen sicheren Platz für seine Luftwaffe zu finden.

Der Bundeskanzler wirft ein, dann müsse man daraus den Schluß ziehen, daß Saddam Hussein davon ausgehe, den Krieg zu überleben.

Außenminister Hurd bejaht dies, fügt aber hinzu, daß die Verbringung irakischer Flugzeuge in den Iran eine schlechte Nachricht für die irakischen Truppen sei, die diese Flugzeuge zu ihrem Schutz brauchten. Vielleicht sei es auch so, daß einige Piloten aus eigenem Antrieb den Irak verlassen hätten.

Die Frage des Bundeskanzlers, ob der Iran neutral bleibe, bejaht Außenminister Hurd, fügt aber hinzu, die Gefahr bestehe, daß Rafsandschani an Autorität verliere und eine neue Regierung eine andere Haltung einnehme.

Außenminister Hurd kommt sodann auf die Türkei zu sprechen und erklärt, dies sei ein schwieriges Problem. Özal sei der eigentlich starke Mann in der Türkei, aber habe kein gutes politisches Urteil. Man brauche nur an seine kritischen Worte gegenüber Deutschland zu denken. Eigentliches Problem für die Türkei sei, einen angemessenen Platz für sich zu finden. Hierüber müsse man nach dem Krieg nachdenken.

Die britische und deutsche Regierung hätten in der Frage Südafrika sehr gut zusammengearbeitet. Vielleicht sollten beide Regierungen auch gemeinsam nach

Möglichkeiten suchen, wie man die Türkei stabilisieren könne.

Der Bundeskanzler stimmt nachdrücklich zu und fährt fort, die deutsch-türkischen Beziehungen seien seit jeher besonders freundschaftlich und er wolle sie auch weiterhin positiv gestalten. Auch müsse man sehen, daß die Türkei eine beachtliche wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung nehme. Sie werde Ende des Jahrhunderts möglicherweise 80 Millionen Einwohner mit einer außerordentlich günstigen demographischen Kurve haben. Im Ausland gebe es drei bis vier Millionen Türken, die größtenteils über eine gute Ausbildung verfügten. Es sei daher sehr klug, wenn man die Türkei pfleglich behandle.

Er habe Staatspräsident Özal auch gesagt, daß er in der Zypern-Frage einen Schritt nach vorne tun müsse. Gleichzeitig habe er hierüber mit Ministerpräsident Mitsotakis gesprochen. Beide wollten überlegen, was man jetzt tun könne. Vielleicht sei dies auch ein Thema, in dem die britische und deutsche Seite diskret behilflich sein könnte.

Außenminister Hurd erklärt, er sei vor drei Monaten in Athen gewesen und habe in Gesprächen mit griechischen Generälen feststellen müssen, daß diese ausschließlich von der Idee eines türkischen Angriffs besessen seien. Dies sei eine absurde Situation, aus der man herauskommen müsse.

Der Bundeskanzler wirft ein, dies könne nicht bedeuten, daß wir die Türkei in die EG holten.

Außenminister Hurd erwidert: Dies nicht, aber man brauche eine "besondere Beziehung" ("special relationship").

Der Bundeskanzler stimmt zu und wiederholt, er würde es sehr begrüßen, wenn man hier gemeinsam etwas unternehmen würde.

Der Bundeskanzler kommt sodann auf die Lage im Europäischen Parlament zu sprechen und entwickelt seine Vorstellungen für eine engere Zusammenarbeit zwischen der christlich-demokratischen und der konservativen Fraktion. Er kündigt an, daß er in dieser Frage eine Initiative ergreifen werde.

Außenminister Hurd stellt Frage, wie der Bundeskanzler die Lage von Präsident Gorbatschow in der Sowjetunion beurteile, ob Präsident Gorbatschow in Gefahr sei und ob er seine Ansichten geändert habe.

Der Bundeskanzler erwidert, er wolle zunächst einmal berichten, was ihm Gorbatschow selber vor acht Tagen bei einem Telefongespräch gesagt habe. Gorbatschow habe sich auf Berichte bezogen, wonach der Bundeskanzler erklärt habe, daß er nicht glaube, daß Gorbatschow nach "rechts gehe". Gorbatschow habe dies aufgegriffen und erklärt, er, Michail Gorbatschow, sage Helmut Kohl: Michail Gorbatschow gehe nicht nach rechts und habe sich nicht verändert. Aber er habe große Schwierigkeiten. Seine Frage, ob Gorbatschow diese Schwierigkeiten durchstehe, habe dieser bejaht.

Der Bundeskanzler bezieht sich sodann auf ein Gespräch mit der früheren Ministerpräsidentin Prunskiene von Litauen, in dem er dieser erklärt habe, daß die baltischen Staaten in fünf Jahren ihr Ziel erreichen könnten. Voraussetzung sei allerdings, daß sie nicht alles auf einmal, sondern in vielen kleinen Schritten durchzusetzen versuchten.

Der Bundeskanzler bezieht sich sodann auf ein Gespräch mit Präsident Gorbatschow auf dem KSZE-Gipfel in Paris, in dem er dem sowjetischen Präsidenten gesagt habe, er könne doch nicht verhindern, daß es in diesem Jahrzehnt noch zu Veränderungen komme. Präsident Gorbatschow habe darauf ausweichend mit einem "vielleicht" geantwortet.

Das Problem sei, daß der Unabhängigkeit der baltischen Staaten bald die Ukraine folgen würde. Ein Auseinanderbrechen der Sowjetunion könne nicht in unserem Interesse sein. Es gebe zwar Leute, die meinten, jetzt sei es an der Zeit, daß der Koloss Sowjetunion aufgelöst werde. Dann werde man aber nur noch mehr Schwierigkeiten haben.

Außenminister Hurd stimmt dem ausdrücklich zu, er fügt jedoch hinzu, daß der Fall der baltischen Republiken anders liege.

Der Bundeskanzler stimmt zu und erklärt, dies sehe Gorbatschow auch. Man müsse allerdings auch folgendes sehen: Wenn die baltischen Staaten unabhängig würden,

gehe der Krach mit Polen los.

Auf eine entsprechende Frage von Außenminister Hurd weist der Bundeskanzler auf die schwierigen Probleme im letzten Jahrhundert, aber auch in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, hin.

Die Sowjetunion habe die Befürchtung, daß Polen eine Diskussion über seine Ostgrenze anfrage, Gorbatschow sei sich durchaus im klaren darüber, daß die Perestroika auch Probleme dieser Art aufwerfe. Aber man müsse wissen: Wer an der Ostgrenze Polens rühre, der werfe gleichzeitig das Problem der Oder-Neiße-Grenze auf. Also sei es wesentlich besser, wenn man über die Grenzfrage nicht rede. Die einzige Ausnahme sei möglicherweise die Grenze zwischen Rumänien und Ungarn, da Rumänien eine unmögliche Politik gegenüber der ungarischen Minderheit betreibe.

Außenminister Hurd stimmt den Ausführungen des Bundeskanzlers ausdrücklich zu und ergänzt, die Beibehaltung der Grenzen sei sehr wichtig, nicht nur in Europa, sondern auch im Nahen Osten, beispielsweise auch in der Türkei.

Der Bundeskanzler stimmt dem zu und erklärt, wenn der Krieg vorbei sei, stelle sich verschärft die Palästinenserfrage.

Außenminister Hurd erklärt, man beginne in der PLO jetzt über eine Nachfolge Arafats nachzudenken. Aber die PLO sei gespalten. Die Führer brächten sich gegenseitig um. Er sei in dieser Hinsicht pessimistisch.

Er glaube auch nicht, daß Syrien, Saudi-Arabien und Jordanien einen Friedensvertrag mit Israel schließen würden, wenn nicht irgendetwas in der Palästinenserfrage geschehe. Andererseits sei die Likud-Partei in Israel nicht bereit, dies zu akzeptieren. Likud wolle im Grunde genommen eine permanente Besetzung der Westbank. Der jetzige Krieg werde dieses Problem natürlich nicht lösen. Frankreich schlage vor, daß man eine große Konferenz einberufen solle. Dies würde aber in Wirklichkeit zu einer Katastrophe führen.

Der Bundeskanzler wirft ein, man müsse in der Tat vorher wissen, was auf einer solchen Konferenz herauskomme. Im übrigen werde es doch so sein, daß die Vereinigten Staaten nach einer Niederlage von Saddam Hussein eine starke Stellung in der Region haben würde.

Außenminister Hurd erklärt, diese werde sicher für geraume Zeit gelten, aber nicht lange andauern.

Der Bundeskanzler fährt fort, dann müssen die USA Schamir klar machen, daß etwas zu geschehen habe.

Außenminister Hurd erklärt, dies sei in der Tat "eine Hoffnung.

Der Bundeskanzler fährt fort, er habe mit Präsident Bush und AM Baker wiederholt über diese Problematik gesprochen. Die Bush-Administration habe nicht diese "totale Beziehung" zu Israel.

Außenminister Hurd stimmt zu.

Der Bundeskanzler fährt fort, dies sei eben seine Hoffnung. Vielleicht solle man überlegen, ob Großbritannien und Deutschland nach Beendigung des Krieges in diesem Sinne diskret auf die Amerikaner einwirke.

Außenminister Hurd stimmt dem zu und ergänzt, Bush und Baker hätten in der Tat eine klare Analyse der Lage. Beide seien außerordentlich befremdet über die Verhandlungen mit der Likud-Führung in diesen Tagen. Er wisse genau, daß die Amerikaner sich unter keinen Umständen auf irgendeinen Handel mit der Westbank oder ähnliches einließen. Es gehe ausschließlich um finanzielle Verpflichtungen.

Der Bundeskanzler erklärt, wenn es nicht gelinge, in der Palästinenserfrage zu einer Lösung zu kommen, gebe es eine Katastrophe. Dies werde Rückwirkungen vor allem für König Hussein von Jordanien, aber auch für Mubarak haben.

Außenminister Hurd erklärt, er greife gerne die Vorstellungen des Bundeskanzlers auf, diese Dinge zusammen zu gegebener Zeit zu besprechen. Dann solle man allerdings nicht gemeinsam, sondern jeder getrennt mit den USA den Kontakt aufnehmen.

(Dr. Hartmann)

[1] BArch, B 136/59734, 256-263.

Head of Department 2
Bonn, 31 January 1991

M e m o r a n d u m

Subject: The Chancellor's Conversation with British Foreign Minister Douglas Hurd on 30 January 1991

The Chancellor warmly welcomes Foreign Minister Hurd. He suggests that they should first talk about the specific British wishes in relation to the Gulf conflict. Regarding the British request to loan ammunition for air missiles, the Chancellor declared that we would examine the request and help within the scope of our possibilities.

The Chancellor then addresses the letter from Prime Minister Major asking whether the Federal Government was prepared to consider further financial aid.

The Chancellor says that he appreciates what Britain was doing in the Gulf. He suffers very much from the fact that we had this constellation due to the constitution. He wants to emphasize that the relevant regulations went back to the Allies. At the time, nobody thought of the case that had just occurred.

It may have been possible to change this between 1975 and 1978 under Helmut Schmidt. In this context, the Chancellor recalled the opposition's support for important political decisions made by the Federal Government at the time. This applied not least to the NATO double decision.

He regrets having to say that the state of the SPD after the last election was even worse than before. A third of the parliamentary group would be on the left or far left of the spectrum. In this context, the Chancellor refers to the support of a resolution by the Greens and the PDS, in which the USA was primarily blamed for the Gulf Crisis by parts of the SPD.

His problem was that he needed a two-thirds majority in the Bundestag to change the constitution. What was now being written about him in the British media was "stupid stuff." Foreign Minister Hurd may tell Prime Minister Major that Helmut Kohl had not changed. On the other hand, he understood some of the critics who pointed out that the Germans were now 78 million, economically strong, and could, therefore, do more.

Specifically, he wanted to propose to Foreign Minister Hurd that the Federal Government - corresponding to the percentage of British soldiers in comparison to US troops in the Gulf - provide an amount of DM 800 million.

Foreign Minister Hurd interjects that this was a very good offer.

The Chancellor goes on to say that he wanted to know from Foreign Minister Hurd, without diplomatic ado, whether he considered this amount to be appropriate.

His problem was that he had to raise taxes to provide these funds. At the same time, he had in mind that we also had to do something in Poland, Hungary, and the CSFR. Politically, it was extremely important to stabilize these three countries economically.

He also wanted to draw attention to the fact that President Gorbachev might consider withdrawing troops from Germany earlier. This could lead to a faster outflow of the promised German funds. One simply had to see that the Soviets have enormous problems with the troops stationed in Germany. The Chancellor points out the growing unrest, but also phenomena such as increasing crime, etc. His hope was that the time for the withdrawal could be cut in half.

He would enforce the tax increases announced today. If the war lasted longer, the question might have to be discussed again.

Foreign Minister Hurd replies that he was grateful for what the Chancellor had said. In fact, some of the British newspapers said "stupid stuff" about Germany. One had to understand, however, that in times of war the "temperature rose" and that reports were written accordingly.

The British government knew that the Federal government had inherited the current constitution. At the same time, one knew that the Federal government wanted to change this. Besides, some of the people who asked where the Germans were would break out into complaints if too many German soldiers stood in the Gulf.

He also wanted to say that Prime Minister Major wanted to develop a close personal

and friendly relationship with the Chancellor. The Prime Minister was extremely pleased with the repeated telephone conversations recently. Prime Minister Major was reluctant to write the above letter to the Chancellor, but there were significant financial problems for Great Britain in connection to the war. Besides, he did not want to haggle over the amount. If it was possible to provide the DM 800 million in addition to the ammunition requested, this would be greatly welcomed.

The Chancellor proposes to announce to the public this evening that the Federal Government was paying 800 million DM as a contribution to the British costs and that it was ready to provide more military material without further quantifying this. He would ask Federal Minister Genscher to announce this in the joint press conference with Foreign Minister Hurd.

Foreign Minister Hurd agrees to this proposal.

The Chancellor continues, saying that he had also held talks with the Israelis in the past few days and agreed with them on German material deliveries. Furthermore, the Federal government would send ROLAND and HAWK-systems to Turkey. As for the NATO's mutual defense guarantee, his attitude was: If it came, it came. There was, of course, a problem that one did not understand from outside: One was not able to make decisions beforehand.

But everyone knew that he, the Chancellor, had remained the same – and this was what he had said to President Bush, President Mitterrand, and Prime Minister Major.

He had also spoken to President Özal. He wanted to say frankly that Özal had done some things that he didn't like. Özal was trying to benefit from the current situation, including in his domestic policy. Besides, he did not trust him when it came to the Kurdish question. As was well known, the Kurds were sitting on the Iraqi border. Finally, he had to take into account the presence of a strong Turkish minority in the Federal Republic of Germany.

The Chancellor asks Foreign Minister Hurd what his impression was of the shipment of Iraqi planes to Iran.

Foreign Secretary Hurd replies that the UK was not sure how the matter would be judged. They believed that it was planned because the planes had flown out in a closed formation. Apparently, Saddam Hussein wanted to find a safe place for his air force.

The Chancellor interjects that one must then draw the conclusion that Saddam Hussein assumed that he would survive the war.

Foreign Minister Hurd affirms this but adds that the shipment of Iraqi planes to Iran was bad news for the Iraqi troops who needed those planes to protect them. Perhaps it was also the case that some pilots left Iraq on their own accord.

When the Chancellor asks whether Iran would remain neutral, Foreign Minister Hurd replies in the affirmative, but adds that there was a risk that Rafsanjani would lose authority and that a new government would adopt a different stance.

Foreign Minister Hurd then turns to Turkey and says that it was a difficult problem. Özal was the actual strong man in Turkey but did not have good political judgment. One only needed to think of his critical words towards Germany. The real problem for Turkey was to find a suitable place for itself. One had to think about after the war.

The British and German governments worked very well together on South Africa. Perhaps both governments should also jointly look for ways of stabilizing Turkey.

The Chancellor emphatically agrees and continues, saying that German-Turkish relations had always been particularly friendly and that he wanted to continue to shape them positively. One had to see that Turkey was experiencing a considerable upward trend economically. By the end of the century, it would potentially have 80 million people with an extremely favorable demographic curve. There were three to four million Turks abroad, most of whom were well educated. It was therefore very wise to treat Turkey with care.

He had told President Özal that he had to take a step forward on the Cyprus question. At the same time, he had spoken to Prime Minister Mitsotakis about this. Both wanted to think about what to do now. Perhaps this was also an issue on which the British and German sides could discreetly help.

Foreign Minister Hurd explains that he had been in Athens three months ago and that

in discussions with Greek generals, he had discovered that they were obsessed with the idea of

a Turkish attack. This was an absurd situation from which one had to get out.

The Chancellor interjects that this could not mean that we were bringing Turkey into the EC.

Foreign Minister Hurd replies: Not so, but one needed a "special relationship."

The Chancellor agrees and repeats that he would very much appreciate it if we could do something together here. The Chancellor then turns to the situation in the European Parliament and develops his ideas for closer cooperation between the Christian-Democratic and the Conservative faction. He announces that he would take an initiative on this issue.

Foreign Minister Hurd asks how the Chancellor assessed the situation of President Gorbachev in the Soviet Union, whether President Gorbachev was in danger and whether he had changed his mind.

The Chancellor replies that he would first like to report what Gorbachev himself had said to him eight days ago during a telephone conversation. Gorbachev had referred to reports according to which the Chancellor had declared that he did not believe that Gorbachev was "going to the right." Gorbachev had taken this up and had explained that he, Mikhail Gorbachev, had told Helmut Kohl: Mikhail Gorbachev was not going to the right and had not changed. But he had great difficulties. When asked whether Gorbachev could get through these difficulties, the latter answered in the affirmative.

The Chancellor then refers to a conversation with the former Prime Minister Prunskiene of Lithuania, in which he had explained to him that the Baltic states could achieve their goal in five years. The prerequisite, however, was that they did not try to implement everything at once, but rather in many small steps.

The Chancellor then referred to a conversation with President Gorbachev at the CSCE summit in Paris, in which he had told the Soviet President that he could not prevent changes from coming in this decade. President Gorbachev responded evasively with a "maybe."

The problem was that the independence of the Baltic states would soon be followed by Ukraine. A breakup of the Soviet Union could not be in our interest. There were people who believed that it was now time for the colossus of the Soviet Union to be dissolved. But then one would only have more difficulties.

Foreign Minister Hurd explicitly agrees, but added that the case of the Baltic republics was different.

The Chancellor agrees and declares that Gorbachev also saw this. One must, however, also see the following: If the Baltic states became independent, the row with Poland would start.

In response to a corresponding question from Foreign Minister Hurd, the Chancellor refers to the difficult problems of the last century, but also during the period after the First World War.

The Soviet Union feared that Poland would begin a discussion about its eastern border, and Gorbachev was well aware that perestroika would also raise problems of this kind. But one had to know that anyone who stirred the eastern border of Poland was also raising the problem of the Oder-Neisse border. Thus, it was much better not to talk about the border issue. The only exception might be the border between Romania and Hungary, as Romania had an impossible policy towards the Hungarian minority.

Foreign Minister Hurd expressly agrees with the Chancellor's remarks and adds that maintaining the borders was very important, not only in Europe, but also in the Middle East, for example also in Turkey.

The Chancellor agrees and declares that when the war is over, the Palestinian question would be aggravated.

Foreign Minister Hurd explains that the PLO was now starting to think about a successor to Arafat. But the PLO was divided. The leaders were killing each other. He

was pessimistic in this regard.

Nor did he believe that Syria, Saudi Arabia, and Jordan would conclude a peace treaty with Israel if there was no progress on the Palestinian issue. On the other hand, the Likud party in Israel was not ready to accept this. Likud basically wanted a permanent occupation of the West Bank. Of course, the current war would not solve this problem. France suggested that a large conference be convoked. In reality, however, this would lead to a catastrophe.

The Chancellor interjects that it was indeed necessary to know in advance what would come of such a conference. Besides, the United States would continue to have a strong position in the region after the defeat of Saddam Hussein.

Foreign Minister Hurd explains that this would certainly apply for a long time, but would not last long.

The Chancellor continues, saying that the US must make it clear to Shamir that something had to be done.

Foreign Minister Hurd says that this was indeed a hope.

The Chancellor goes on to say that he had repeatedly spoken to President Bush and FM Baker about this issue. The Bush administration did not have this "total relationship" with Israel.

Foreign Minister Hurd agrees.

The Chancellor continues, saying that this was his hope. Perhaps one should consider whether Great Britain and Germany could talk discreetly with the Americans in this sense after the end of the war.

Foreign Minister Hurd agrees, adding that Bush and Baker did indeed have a clear analysis of the situation. Both were extremely annoyed about the negotiations with the Likud leadership these days. He knew full well that under no circumstances would the Americans enter into any deal over the West Bank or anything like that. It was all about financial obligations.

The Chancellor declares that if a solution could not be found for the Palestinian question, there would be a catastrophe. This would have repercussions, above all, for King Hussein of Jordan, but also for Mubarak.

Foreign Minister Hurd says that he would be happy to take up the Chancellor's ideas of discussing these matters together in due course. In that case, however, one should not contact the USA jointly, but each separately.

[handwritten signature]

(Dr. Hartmann)